

Den Mindestlohn rentensicher machen

Die SPD diskutiert die drastische Erhöhung des Mindestlohns



Foto: uschi dreiucker / pixelio.de

In Berlin gelten zwei Mindestlöhne als Untergrenze dessen, was man mindestens pro Stunde verdienen muss. Der gesetzlichen Mindestlohn gilt bundesweit und beträgt derzeit 8,84€ und wird zum 1. Januar 2019 auf 9,19€ steigen. Zugleich gibt es im Landesmindestlohngesetz auch noch einen zweiten Mindestlohn. Dieser gilt immer dann, wenn das Land Berlin Auftraggeber oder Arbeitgeber ist. In den meisten Fällen sind gültige Tariflöhne höher und müssen dann bezahlt werden, aber der Landesmindestlohn legt als Untergrenze 9€ fest.

Das Land Berlin war schon immer Vorreiter beim Mindestlohn. Noch bevor die SPD den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn auf Bundesebene durchsetzen konnte, führte wir schon den Landesmindestlohn im Jahr 2014 ein.

Nun wird das Landesvergabegesetz reformiert. Für die SPD der Moment, über die zukünftige Höhe des Landesmindestlohns zu diskutieren. Die Grünen schlagen 10,50€ vor. Die ist die unterste Einkommenshöhe des Tarifvertrages der Länder.

Ich halte diese Höhe für deutlich zu gering. Dank einer Studie des Bundesarbeitsministeriums wissen wir, dass man derzeit im Schnitt 12,63€ verdienen muss, wenn man eines Tages auch von der Rente leben können soll. Diese Meinung wird von Teilen der Linkspartei und der SPD unterstützt. Innerhalb der SPD werden wir in den kommenden Monaten diskutieren. Für mich ist klar: Der nächste Landesmindestlohn muss dem Namen gerecht werden. Von der eigenen Arbeit leben können und davon auch eine erträgliche Rente zu erhalten, ist das Mindeste.

Nach dem Anschlag auf zwei Obdachlose

Neuer Tagestreff in der Diskussion

Der Bahnhof Schöneweide wurde am 23. Juli in ganz Deutschland bekannt. Zwei Obdachlose wurden von einem dritten Obdachlosen mit Benzin übergossen und angezündet. Ein Opfer kam mit leichteren Verletzungen davon. Das zweite Opfer erlitt schwere Verletzungen, sodass es zunächst im Koma lag und noch immer im Krankenhaus behandelt werden muss. Der mutmaßliche Täter ist gefasst.

Der Medienrummel hat sich gelegt. Nun ist der richtige Moment, um sich die Situation noch einmal kritisch anzuschauen. Genau dies hat auch die GEBEWO gemacht, welche an der Michael-Brückner-Straße das Haus Schöneweide betreibt.

Die Idee ist die Errichtung eines Tagestreffs im unmittelbaren Umfeld des Bahnhofes. Ich finde den Vorschlag sehr gut. So könnte den Obdachlosen und den alkoholkranken Menschen ein Angebot unterbreitet werden, mit dem man sie einerseits besser erreichen kann und sie sich andererseits nicht ständig am Eingang des Bahnhofes aufhalten.

Die GEBEWO und ich wollen diese Idee nun weiterentwickeln und klären, wie eine Finanzierung erfolgen könnte. Zweifelsohne ein dickes Brett. Aber alle Verantwortlichen bei der Bahn und beim Bezirk haben das selbe Ziel: Die Situation am Bahnhof Schöneweide zu verbessern.

Bürgerversammlung zum Bahnhof

Mittwoch, 26. September, 18 Uhr

Mittelpunktbibliothek Treptow (Michael-Brückner Straße 9)

Mit dabei: Vertreter von der DB AG, der BVG und des Bezirksamtes.

So können Sie mich erreichen:

Abgeordnetenhaus:

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030 / 23 25 22 90

Wahlkreisbüro

Rathaus Johannisthal
Sterndamm 102
12487 Berlin
Tel.: 030 / 40 74 22 73

Bürgersprechstunde

Montags, 14:30 - 17 Uhr
SPD-Ansprechbar
Siemensstraße 15
12459 Berlin

wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de | www.lars-duesterhoeft.de

Ansprechbar

Wahlkreiszeitung von Lars Düsterhöft

Für Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin



Ausgabe 7 3. Quartal/2018

Geschafft!!

Der Bahnhof bleibt barrierefrei und die Fähre F11 fährt weiter

In den letzten Tagen erreichten mich gleich zwei Neuigkeiten, auf die wir lange warten mussten: Die zuständige Senatsverwaltung hat die Notwendigkeit des Baus von temporären Fahrstühlen am Bahnhof Schöneweide - Ausgang Sterndamm - erkannt und die Planung in Auftrag gegeben. Für viele Menschen mit Handicap, für unzählige RadfahrerInnen und für viele Menschen wie mich, die gern mal mit einem Kinderwagen unterwegs sind, ist das eine sehr gute Nachricht.

Dies ist aber nur ein erster Erfolg. Viele Fragen bleiben aber noch offen: Wann ist Baubeginn für die Aufzüge? Welche Bahnsteige werden durch die Fahrstühle erschlossen? Wer bezahlt diese Maßnahme und wann sind die Fahrstühle fertig? Dies sind die Themen an denen ich dran bleiben werde, damit eine für alle Menschen akzeptable Lösung gefunden wird.

An diesen Fragen dranbleiben können Sie

auch bei meiner nächsten **Bürgerversammlung zum Bahnhof am Mittwoch, den 26. September, ab 18 Uhr, in der Mittelpunktbibliothek Treptow.**

Der zweite große Erfolg ist der Erhalt unserer Fähre zwischen Baumschulenweg und Oberschöneweide. Tausende Unterschriften, ein unfassbares Engagement der AnwohnerInnen und manche politische Initiative haben dazu geführt, dass die Fähre nun ein Jahr länger fahren darf.

Nur ein Jahr? Ja, es ist nur ein Etappensieg. Aus Sicht der Senatsverwaltung sollen die Menschen in den kommenden 12 Monaten lernen, den Bus zu benutzen. Ich denke, dass wir gemeinsam zeigen werden, dass wir uns unsere Fähre dauerhaft nicht nehmen lassen werden. Die älteste Fähre Berlins hat es nicht verdient - trotz hervorragender Fahrgastzahlen - immer wieder in Frage gestellt zu werden.

Ihr Lars Düsterhöft

Die Sanierung kann endlich beginnen!

Innensenator zu Besuch bei der Freiwilligen Feuerwehr



Wir alle kennen die Wache der Freiwilligen Feuerwehr in Oberschöneweide von außen, einige wissen auch um den baulichen Zustand des 1898 fertiggestellten denkmalgeschützten Gebäudes. Die Decke der Fahrzeughalle verlor ihren Putz, sodass eine Zwischendecke eingezogen werden musste, die Sanitäreinrichtungen sind unzumutbar, der Fußboden des Aufenthaltsraums ist ein Flickenteppich, der Dachboden ist ein reiner Sanierungsfall. Viele Jahre gab es schöne Ankündigungen. Nun endlich geht es voran.

Ende August besuchte ich gemeinsam mit Innensenator Andreas Geisel die KameradInnen in der Siemensstraße. Mit unserem Besuch wollten wir uns der kritischen Diskussion über den Zustand der Berliner Feuerwehr stellen, über die endlich anstehende Sanierung sprechen und das unfassbare Engagement der 19 Männer und Frauen würdigen, die sich neben ihrem beruflichen und familiären Alltag auch

noch um unsere Feuerwehr und damit um unsere Sicherheit bemühen. Was diese 19 Männer und Frauen leisten, ist nicht hoch genug zu schätzen. Jedem Einzelnen danken wir von Herzen für jede Stunde ehrenamtliches Engagement!

Neben den 19 KameradInnen der Freiwilligen Feuerwehr beherbergt das Gebäude auch noch eine Kindergruppe mit 25 Mitgliedern sowie eine Jugendfeuerwehr mit 40 couragierten jungen Menschen.

Die Gelder für die Sanierung hat das Abgeordnetenhaus bereitgestellt. Nun kommt es darauf an, dieses Geld endlich auszugeben. Wie überall ist dies auch bei der Feuerwehr leichter gesagt als getan. Es mangelt an Planungskapazitäten und an Baufirmen. Aber im April 2019 soll die Wache endlich auf den Ausweichplatz in der Siemensstraße umziehen und das Gebäude umfassend saniert werden.

Kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni

Die Lernmittelfreiheit kommt zurück

Als Berlin sexy aber extrem arm war, suchte man nach jeder Möglichkeit Einnahmen zu generieren oder Ausgaben zu kürzen. Ein Opfer dieser Sparpolitik war die Lernmittelfreiheit. Sie wurde 2003 abgeschafft, um 15 Millionen Euro einzusparen. Kinder, deren Eltern auf ALG II angewiesen sind, waren stets von diesen Zahlungen ausgenommen.

Dass Berlin nun wieder mehr Geld zur Verfügung hat, verdanken wir der Konsolidierung des Haushaltes und der guten wirtschaftlichen Entwicklung. Dass dies nun auch bei den Schulen spürbar wird, ist

überfällig. Seit dem vor wenigen Tagen gestarteten Schuljahr sind die Schulbücher in den Grundschulen nun wieder kostenfrei. Damit werden die Eltern um je bis zu 100€ pro Schuljahr entlastet. Die Oberschulen werden bis 2021 folgen, sodass dann erstmal die Bildung in Berlin - von der Kita bis zur Uni - gänzlich kostenfrei ist.

Das kostet natürlich viel Geld. Insgesamt sollen die Grundschulen daher 8 Millionen Euro mehr als dem Landshaushalt erhalten, damit sie auch in Zukunft die Bücher für die SchülerInnen anschaffen können.

Das Schülerticket wird kostenfrei

Rot-Rot-Grün entlastet Familien

Seit dem 1. August entlastet die von der SPD geführte rot-rot-grüne Landesregierung die Eltern nicht nur bei den Kosten für die Schulbücher. Auch bei den Kosten für die Fahrt zur Schule reduzieren wir die Preise. Der Preis des Schülertickets verbilligt sich für den Tarifbereich AB auf monatlich 17 Euro im Abo und 21,80 Euro bei monatsweisen Kauf. Einkommensschwache Familien werden besonders entlastet. Kinder aus Familien mit dem berlinpass fahren zukünftig kostenfrei, bisher wurden bis zu 15 Euro fällig.

Zunächst sah es danach aus, dass nicht alle Kinder mit einem berlinpass kostenfrei fahren könnten. Aufgrund von Vorgaben des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) des Bundes gilt beim Ticket für Schü-

lerInnen mit „berlinpass-BuT“ bislang, dass die SchülerInnen auf die Beförderung angewiesen sein müssen. Regelmäßig wird dies über eine Abstandsregelung konkretisiert. Der Weg zur Schule muss demnach mindestens einen Kilometer (Grundschule) beziehungsweise zwei Kilometer (Oberschule) betragen, damit Schülerinnen und Schüler einen Anspruch auf ein ermäßigtes (seit 1.8.2018 kostenloses) Schülerticket haben. Das Land Berlin ändert genau dies und ergänzt die finanziellen Mittel des Bundes. So kann auf die überflüssige Abstandsregelung verzichtet werden.

So bekommen alle Kinder die Möglichkeit sehr günstig oder sogar kostenfrei sich in der Stadt zu bewegen.

Schließt die Sparkasse in Johannisthal?

Filiale im Park Center Treptow geschlossen

Die Filialen der Berliner Sparkasse sind besonders für alte Menschen eine Notwendigkeit. Sie erledigen noch besonders häufig ihre Bankgeschäfte in der Filiale. Je jünger die KundInnen sind, desto eher greifen Sie auf das Online-Angebot zurück. Wenn es aber ums Geld geht, will auch junge Bankkunden lieber ein persönliches Gespräch führen, als die Beratung online zu erhalten.

Die Schließung der Bankfiliale im Park Center Treptow ließ mich aufhorchen. Was passiert mit den Filialen am Sterndamm, gegenüber vom Bahnhof, in der Schnellerstraße sowie in der Wilhelminenstraße? Immer wieder gab es in der Vergangenheit Gerüchte, dass die Filiale in Johannisthal geschlossen werden soll. Dem wollte ich auf den Grund gehen.

Zwar ist die Sparkasse einerseits eine ganz

normale Bank wie jede andere auch. Andererseits ist es eine Anstalt des öffentlichen Rechts und damit eine besondere Berliner Institution mit einer größeren Verantwortung für das Allgemeinwohl als eine normale Bank. Daher war es mir sehr wichtig, auf die Bedeutung der Filialen persönlich hinzuweisen und meinen Unmut gegenüber weiteren Filialschließungen zum Ausdruck zu bringen. Aus diesem Grund traf ich mich mit einem Verantwortlichen der Sparkasse.

Für Johannisthal kann ich Entwarnung geben. Eine Schließung ist nicht geplant und wird derzeit auch nicht geprüft. Auch für die anderen Kieze gibt es keine negativen Pläne. Aber ja, die Bankenlandschaft ist ständigen Veränderungen unterworfen - Stichwort Digitalisierung. Ich werde das Thema also weiterhin verfolgen und begleiten.

In eigener Sache

Liebe LeserInnen, Sie sollen nicht nur wissen, was ich tue, sondern auch wer ich bin. Auf meiner Facebookseite berichte ich daher einmal in der Woche von meinem Vaterdasein und meinem 3 jährigen Sohn. Wer mir dort folgt weiß, dass im August mein zweiter Sohnemann dazu gekommen ist, der nun dafür sorgt, dass ich und meine Frau in den kommenden Wochen und Monaten wieder nur unregelmäßig Schlaf bekommen werden. Sollten Sie erleben, dass mein Kalender nicht mehr so flexibel ist wie bisher, bitte ich Sie heute schon um Entschuldigung.

Ab Oktober tue ich aber auch noch etwas weiteres. Ich werde 10 Stunden in der Woche bei einem Pflegeunternehmen arbeiten. Dass das Abgeordnetenhaus nur ein Teilzeitparlament ist, ist nicht der Grund. Vielmehr fühle ich mich der Sicherheit meiner Familie verpflichtet. Niemand weiß, ob ich Sie auch nach den nächsten Wahlen als Abgeordneter vertreten darf. Meiner Familie muss ich aber garantieren, dass ich weiterhin einen Teil des Haushaltseinkommens mit nach Hause bringe. Ich verspreche Ihnen, meine Arbeit als Ihr Abgeordneter wird nicht darunter leiden.